

**Thomas Mitschein**  
**Zählebiger Etatismus –**  
**Anmerkungen zu R. Doleschal »Neue Gewerkschaften in**  
**Brasilien – Eine Hoffnung?« in PROKLA 55, 1984\***

Nach langen Jahren der Identifikation mit den Revolutionen in den fernen Ländern hat sich das politische Interesse der bundesrepublikanischen Linken auf die eigene Region verlagert. So sehr man diesen Perspektivenwechsel auch als einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine Überwindung der »Fremdidentifikationen mit vorgemachten und nachempfundenen Revolutionen in anderen Ländern und den damit verbundenen Denkweisen« (Negt 1984, S. 114) begrüßen mag; die Nonchalance, mit welcher die ehemaligen Identifikationsobjekte beiseite geschoben worden sind, stimmt bedenklich. Sie birgt nämlich die Gefahr in sich, daß ein ehemals abstrakt proklamatorischer Internationalismus sich hinterrücks in einen pausbäckigen Provinzialismus verwandelt<sup>1</sup>, welcher den eigenen Kirchturm mit dem Weltgeschehen verwechselt und internationale Konfliktkonstellationen, welche nicht unmittelbar mit der Raketenfrage verknüpft sind, nur am Rande zur Kenntnis nimmt.

Dies gilt offensichtlich auch für die beinahe katastrophalen sozialen Konsequenzen wirtschaftspolitischer Rezepte, welche die Bedienung der dramatischen Auslandsverschuldung von Ländern in der Dritten Welt garantieren sollen. Allein in Lateinamerika hat, dem französischen Wirtschaftswissenschaftler Alain Lipietz zufolge, die monetaristische Heilsmedizin bisher mehr Menschenleben gekostet als der zweite Weltkrieg in Europa (Interview in: Senghor, 12. 12. 1984). Selbst wenn nur ein Zehntel davon stimmt, ist es schon zu viel.

Angesichts der dramatischen Zuspitzung der Situation in vielen Ländern der Dritten Welt und vor allem auch in Lateinamerika ist es zu begrüßen, daß die PROKLA in ihrem Juniheft 1984 einen Aufsatz von Rainer Doleschal über die brasilianische Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht hat. Immerhin ist Brasilien das höchstverschuldete Land der Dritten Welt, es ist zumindest in der lateinamerikanischen Region der ökonomisch und politisch wichtigste Faktor. Seine wirtschaftliche, soziale und politische Binnenentwicklung wird daher zumindest in den Chefetagen des internationalen Bankkapitals mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Bezugnehmend auf die westeuropäische Diskussion über den »Abschied vom Proletariat« als möglichem Subjekt sozialer Transformation stellt Doleschal zu Beginn seiner Ausführungen fest, daß »in einigen Ländern der Dritten Welt scheinbar neue Gewerkschaftsbewegungen heran(reifen), die zu ein wenig mehr Optimismus veranlassen«, deren Perspektiven aber aufgrund unberechenbarer politisch-organisatorischer Strukturen noch nicht eindeutig prognostizierbar seien (S. 131). Als beispielhaft für diese neuere Entwicklung führt er den »novo sindicalismo« (also die neue Gewerkschaftsbewegung in Brasilien) an, die sich trotz Wirtschaftskrise, politischer Repression und Staatsabhängigkeit zu einer autonomen Bewegung entwickelt habe und die »anders als in den westlichen Industriestaaten mit staatsunabhängigen Gewerkschaftsorganisationen« (S. 131) eine Einheit von ökonomischem und politi-

\* Die Replik wurde im Dezember 1984 abgeschlossen.

schem Kampf gefunden habe. Obwohl die Entwicklungschancen dieser Bewegung mit einem Fragezeichen versehen werden, drängt sich doch der Eindruck eines Argumentationsansatzes auf, der auf einen, so könnte man sagen, »ouvrieristischen Third Worldism« hinausläuft. Während in den hochentwickelten Ländern die Arbeiterschaft zu einer politisch integrierten und daher zu vernachlässigenden Größe im Hinblick auf gesellschaftliche Transformationen degeneriert sei, konstituiere sie sich dagegen in der Peripherie (oder zumindest in einigen peripheren Regionen) als ein potentieller Motor sozialer Umwälzungen. Dieser These ist mit Vorsicht zu begegnen. Um dies zu begründen, ist ein historischer Rückblick notwendig.

### Populismus, Korporativismus und Staatsorientierung der Gewerkschaften

Auch Doleschal umreißt in einem historischen Exkurs, welcher das Verständnis der aktuellen Situation erleichtern soll, die verschiedenen Etappen der Entwicklung der brasilianischen Gewerkschaften. Ausgehend von der am Ende des vorigen Jahrhunderts von europäischen Arbeitsimmigranten ins Leben gerufenen Gewerkschaftsinitiativen beschreibt er, wie die Gewerkschaften in der »populistischen Phase« der brasilianischen Politik unter dem Präsidenten Getulio Vargas in staatsabhängige Organisationen zwangsverwandelt werden. Als Anhänger der faschistischen Arbeitergesetzgebung Italiens versucht Vargas, das korporativistische Modell auch in Brasilien zu realisieren. Obwohl der Autor im Hinblick auf das analytisch nicht näher gefaßte Phänomen »Populismus« betont, daß die »Durchsetzung seiner nationalistischen Wirtschaftspolitik... nicht ohne Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeiterschaft« (S. 133) realisierbar war, arbeitet er vor allem dessen bis heute andauernde repressive Gewerkschaftsgesetzgebung heraus. Korporativistische »negative Integration«, also staatliche Repression, ist sicherlich eine Komponente der historischen Entwicklung. Jedoch bleibt diese Argumentation dennoch unbefriedigend, weil damit weder die Spezifika der historischen Konstitutionsbedingungen noch die Strukturprobleme des brasilianischen Gewerkschaftswesens angemessen erfaßt werden können. Die Fragwürdigkeit soll im folgenden kurz umrissen werden.

Die Schwierigkeiten einer adäquaten theoretischen Klärung des Populismus als politisch-ideologischem Phänomen sind vielfach diskutiert worden und nicht Gegenstand dieser Ausführungen (vgl. Laclau 1983). Uns interessiert allein das brasilianische Beispiel, dessen Klassenstruktur sich wie folgt darstellen läßt. Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre gerät der oligarchische brasilianische Staat in eine nachhaltige Krise, welche verantwortlich dafür ist, daß im Jahr 1930 mit Getulio Vargas ein Politiker aus Rio Grande do Sul die Regierung übernehmen kann und der langjährigen politischen Hegemonie der Agrar- und Handelseliten aus São Paulo und Minas Gerais ein Ende setzt (vgl. Octavio 1984). Vargas ist Exponent einer sich neu konstituierenden Allianz für die Entwicklung (*aliança desenvolvimentista*), welche so heterogene Elemente wie eine nur embryonal ausgebildete nationale Industriebourgeoisie, Teile der mit der Kaffeewirtschaft in São Paulo nicht verknüpften Agraroligarchie sowie die urbane Mittelklasse und die Arbeiterschaft umfaßt. Organisatorisches Zentrum dieser Allianz ist ein zentralistischer Staat, der, wie Hélio Jaguaribe es ausdrückte, den »politischen Privatismus der Alten Republik« ablöst. Als Konsequenz der in der Folgezeit forcierten Importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) entsteht erstmals auch ein zahlenmäßig und politisch bedeutsames einheimisches und

urbanes Proletariat: zwischen 1920 und 1940 verdreifacht sich die Zahl der Industriearbeiter (Weffort 1971). Dieses urbane Proletariat orientiert sich bereits in der Phase seiner Konstitution, hauptsächlich vermittelt über die Transformation der Gewerkschaften in korporative Organe, auf den Staat als politisch-ideologischem Bezugspunkt. Für die an einer national-kapitalistischen Industrialisierung interessierten Kräfte des Machtblocks gewinnen die subalternen urbanen Klassen gewissermaßen den Charakter einer selbstverständlich unter Kontrolle zu haltenden Legitimations- und Mobilisierungsreserve (Ianni 1973), welche, sofern der Kampf um die politische Hegemonie dies erfordert, gegen die mit dem Weltmarkt symbiotisch verknüpfte Agraroligarchie gerichtet werden kann. Zwar ist die subalterne Integration der städtischen Arbeiterschaft in die neue Entwicklungsallianz verbunden mit der staatlichen Kontrolle der Gewerkschaften, doch garantiert sie gleichzeitig dem neu entstehenden Proletariat eine minimale einkommensmäßige und soziale Absicherung (Mindestlohn, Sozialversicherung, Ferienregelung etc.). Aus eigener Kraft hätte es diese Regelungen wohl kaum erkämpfen können, wenn man die Heterogenität der Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie die politischen Verhältnisse zugrundelegt. Die vom Staat gewährten Rechte allerdings haben innerhalb des urbanen Proletariats eine weitgehende Identifizierung mit dem System populistischer Politik zur Folge. Als Beispiel kann dafür die triumphale Wiederwahl von Getulio Vargas am 3. Oktober 1950, fünf Jahre nach seiner Amtsenthebung durch die Militärs, angeführt werden. Exemplarisch ist ebenfalls, daß es noch nach seinem Selbstmord im Jahre 1954, für den er in seinem »Testament« die Konspiration einer gegen das Volk gerichteten Allianz aus internationalen und einheimischen Kapitalinteressen verantwortlich macht, zu Massenkundgebungen mit zum Teil aufstandsähnlichem Charakter kommt. Obwohl der Tod von Getulio Vargas das Scheitern des national-kapitalistischen Entwicklungsweges signalisiert, versucht sieben Jahre später der neue Präsident »Jango« Goulart, das Erbe der »getulistischen« Politik anzutreten. Jedoch ist dieses schon verbraucht. Die Rahmenbedingungen der ehemaligen Entwicklungsinstanz gehören zum Zeitpunkt des Amtsantritts des ehemaligen Arbeitsministers unter Getulio Vargas bereits unwiderruflich der Vergangenheit an. Die Interessengegensätze zwischen Agrar-, Handels- und Industriebourgeoisie sind bereits verstärkt aufgebrochen. Die von Celso Furtado, dem Planungsminister Goularts, konzipierte Wirtschaftspolitik, welche die Rolle des Staates für die Herstellung wirtschaftlichen Wachstums und gesellschaftlicher Einkommensverteilung hervorhebt, eine kontrollierte Zusammenarbeit mit dem ausländischen Kapital anstrebt sowie eine Erweiterung des inneren Marktes durch Strukturreformen in der Landwirtschaft betreibt, wird von wichtigen Fraktionen des herrschenden Machtblocks entschieden abgelehnt. Dazu gehören vor allem diejenigen nationalen Gruppen, die sich mit dem auf den Binnenmarkt vordringenden Auslandskapital zusammenschließen. Für deren Stärkung sind zwei Faktoren verantwortlich. Zum einen die beschleunigte Entwicklung des Weltmarkts in der Nachkriegskonjunktur, die zu einer Penetration von Ländern der Dritten Welt durch internationale Konzerne führt; zum anderen wird aber diese Internationalisierungstendenz in Brasilien in entscheidendem Maße von dem Nachfolger Getulio Vargas, Juscelino Kubitschek (1955-1960), gefördert. Ausländischen Direktinvestitionen wird der Markt geöffnet, und in diesem Zusammenhang wird auch ein inländischer Markt für dauerhafte Konsumgüter geschaffen. Das wirtschaftspolitische Konzept Furtados wird aber auch von der Agraroligarchie abgelehnt, welche sich erstmals seit Beginn des populistischen Politikmodells in ihrem zuvor nicht in Frage gestellten Hoheitsbereich bedroht fühlt. Doch dies ist nicht alles. Die Regierung Goulart sieht sich mit einem wachsenden Widerstand der subalternen Klassen

gegen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung (disziplinierte Lohnpolitik, Streichung von Subventionen für gesellschaftliche Basisgüter) konfrontiert. Am 13. März 1964 schließlich verkündet Goulart auf einer von den Gewerkschaften in Rio de Janeiro organisierten Massenkundgebung ein Dekret zur Nationalisierung der privaten Ölgesellschaften, die Enteignung von wirtschaftlich unzureichend genutztem Landbesitz sowie die zukünftige Anerkennung des Wahlrechts für Analphabeten. Wenige Tage darauf wird er von den brasilianischen Militärs gestürzt, die nun ein autoritäres Regime errichten, das erst 20 Jahre später abgelöst wird.

Soviell zur Vorgeschichte. Doleschal charakterisiert die Jahre der Regierung »Jango« Goulart als »revolutionsgeschwängerte Zeiten« (S. 131). Die Tatsache, daß schließlich die Reaktion und nicht die Revolution den Sieg davonträgt und der von den kommunistisch dominierten Gewerkschaften proklamierte Widerstand gegen den auch von den USA gestützten Militärputsch praktisch ohne Resonanz innerhalb der Bevölkerung bleibt, erklärt er damit, daß »die Waffe des Generalstreiks im vorausgegangenen Zeitraum bereits stumpf und unwirksam geworden (war), weil über den Protest gegen die Wirtschaftspolitik hinaus keine linke realpolitische Alternative, die den brasilianischen Verhältnissen angemessen war, sich abzeichnete« (S. 135). Was man sich auch immer unter einer »linken, realpolitischen Alternative« konkret vorstellen mag, unbefriedigend an dieser Aussage bleibt, daß sie eine entscheidende Frage ausspart: Wieso ist das Militär in »revolutionsgeschwängerten Zeiten« in der Lage, binnen weniger Stunden »Ruhe und Ordnung« in einem Lande wiederherzustellen, das 34mal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland ist? Einen aufschlußreichen Hinweis liefert in diesem Zusammenhang der brasilianische Historiker Décio Freitas. Freitas zufolge zeichnet sich die Endphase der Regierung Goulart in der Tat durch beispiellose — erstmals auch den landwirtschaftlichen Sektor regional erfassende — Massenmobilisierung aus. Da diese Bewegungen aber in entscheidendem Maße von den Regierungsinstanzen gefördert wurden, zerfallen sie, wenn der staatliche Flankenschutz ausbleibt. Sie verfügen über keine autonome Widerstandskraft, weil sie staatlich vermittelt sind und sich nicht aus eigener Antriebskraft im Inneren der »società civile«, also den vielen Orten gesellschaftlicher Institutionen, in denen um Hegemonie gekämpft wird, konstituiert haben. Mit anderen Worten: Die sich zentral auf den Staat beziehende politisch-ideologische Orientierung der brasilianischen Arbeiterschaft prägt und bestimmt ihre Handlungskapazität auch am Ende des Zyklus populistischer Politik. Sie stellt sich als Rahmenbedingung, aber auch als Grenze heraus.

### Gewerkschaften unter der Militärregierung

Mit Blickrichtung auf die 1964 einsetzenden Veränderungen spricht Doleschal von dem »neue(n) alte(n) Gewerkschaftskorporativismus unter der Militärdiktatur« (S. 136). Diese Aussage, welche die Konservierung der von Vargas in der Phase des »Estado Novo« (1937-45) geschaffenen korporativen Gewerkschaftsstruktur durch das neue Regime herausstellt, ist allerdings irreführend. Sie vernachlässigt nämlich einen zentralen Sachverhalt: Aufgrund der ihm eigenen Widersprüche konzidierte das populistische Politikmodell der urbanen Arbeiterschaft einen Verhandlungsspielraum, der nun von den Militärs systematisch beschnitten wird. Das korporative, staatlich regulierte System der gewerkschaftlichen Repräsentation wurde von der Arbeiterschaft durchaus nicht negativ gesehen. Darauf macht Vinicius Caldeira Brandt aufmerksam, wenn er schreibt: »Die Arbeitsgesetzgebung wurde von den Arbei-

tern lange Zeit als Garantie zur Sicherung ihrer eigenen Interessen angesehen, und die Kritik und die Angriffe gegen die staatliche Protektion der Gewerkschaften erschienen ihnen als Ausdruck einer kapitalistischen Interessenpolitik bzw. reaktionärer Machenschaften. Die Tatsache, daß das staatliche System die Assoziationsfreiheit beschränkte, nahm sich sekundär aus angesichts der Härte, mit welcher die zuvor staatlicherseits geheiligten privaten Kapitalinteressen sich entfalten konnten. Die ersten Kampagnen gegen den »Imposto Sindical« (vom Staat einkassierter und umverteilter gewerkschaftlicher Zwangsbeitrag) wurden als Versuch einer Schwächung der Gewerkschaften gewertet und diese Interpretation war insofern durchaus gerechtfertigt, als diese Kampagnen von Unternehmern und reaktionären Politikern unterstützt, stimuliert und finanziert wurden. Der Eingriff des Staates in das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern schien ebenfalls lange eher die Hoffnungen der Arbeiter als die der Unternehmer zu repräsentieren. Immer wenn die politische Verhandlungsmacht der Arbeiterschaft größer war als ihre wirtschaftliche, konnten sie sich von der staatlichen Intervention mehr Vorteile versprechen als vom freien Aushandeln der Lohn- und Arbeitsbedingungen (Brandt 1981, S. 36 f.). Mit anderen Worten: Der »alte« Gewerkschaftskorporativismus der populistischen Phase garantierte der städtischen Arbeiterschaft durchaus eine gewisse politische »bargaining power«. Dies gerade ändert sich mit der Machtübernahme der Militärs im Jahre 1964 grundlegend, weil nun der durchgesetzte Kurs einer weltmarktorientierten Industrialisierung einer anderen Logik folgt. Der gewerkschaftliche Kampf um bessere materielle Reproduktionsbedingungen wird erneut zu einer »Angelegenheit der Polizei« (»Caso de polícia«). Die ständige Rede der brasilianischen Planungstechnokratie unter dem Militärregime lautet: Der Kuchen muß erst größer werden, bevor man an seine Verteilung gehen kann. Relevante Einkommenssteigerungen sind in diesem Konzept nicht vorgesehen.

Tatsächlich war diese Strategie nicht erfolglos. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre, als große Teile der lateinamerikanischen und europäischen Linken dem peripheren Kapitalismus eine säkulare Stagnationstendenz bescheinigten (vgl. die Diskussion um die Dependenztheorie), setzt in Brasilien ein ungestümer Wirtschaftsaufschwung ein. Stärkster Antriebsmotor dieses Booms mit zweistelligen Wachstumsraten ist die Herausbildung eines auf gehobene Einkommensklassen zugeschnittenen Marktes für dauerhafte Konsumgüter, welcher von transnationalen Unternehmen dominiert wird und der in Verbindung mit den staatlichen Investitionsprogrammen für die Stahlindustrie, den Energiesektor, die Nachrichtentechnologie und die Petrochemie die Expansion der Kapitalgüterindustrie beschleunigt (vgl. Serra 1982; Conceição Tavares/Mello Belluzo 1982). Symbol dieser die Internationalisierung des Binnenmarktes konsolidierenden Phase des brasilianischen Kapitalismus wird die Industrieregion ABC in São Paulo, in welcher der als »novo sindicalismo« charakterisierte Kampfzyklus der brasilianischen Arbeiterschaft seinen Ausgang nimmt.

### Der Doppelcharakter des »novo sindicalismo«

Doleschal stellt den »novo sindicalismo« als ein Ergebnis der 1978 behutsam eingeleiteten politischen Öffnung des diktatorischen Regimes vor, welche die Rahmenbedingungen für eine gewerkschaftsoppositionelle Basisbewegung geschaffen habe. Als deren Triebkräfte nennt er den relativ hohen Facharbeiteranteil in der sich konzentrierenden Metallindustrie, Reallohnverluste infolge der staatlichen Lohnpolitik, die Kollaboration der offiziellen Gewerkschafts-

organe («peleguismo») sowie die langfristig angelegte Basisarbeit der katholischen Kirche (S. 138).

Ohne Zweifel handelt es sich hier um Elemente, welche die Dynamik des in den 70er Jahren einsetzenden Streikzyklus entscheidend beeinflusst haben. Warum wird in diesem Zusammenhang aber von einem im Vergleich zu früheren Epochen der brasilianischen Gewerkschaftsgeschichte »qualitativ neuen« Syndikalismus gesprochen?

Doleschal greift diese Frage gegen Ende seiner Ausführungen auf, wenn er zwischen dem »sindicalismo político«, also einer politisierten Gewerkschaftsbewegung der 50er und 60er Jahre, und dem »novo sindicalismo« der Gegenwart unterscheidet (S. 141). Während er ersteren als eine Art politisches Programm (Lohnerhöhungen, Agrarreform, Verstaatlichung von Unternehmen etc.) kennzeichnet, welches »hauptsächlich die revolutionäre Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsform im Auge hatte« (S. 141), charakterisiert er letzteren als eine Form gewerkschaftlicher Praxis, welche »neben dem Recht auf freie unabhängige Gewerkschaften und der Beseitigung des bestehenden Streikrechts eine Lohn- und Einkommensgarantie, Arbeitszeitverkürzung und einen wirksamen Kündigungsschutz« fordere und darüber hinaus parteipolitisch weitgehend unabhängig sei (S. 141). Wie läßt sich angesichts dieser Unterscheidung aber die vom Autor eingangs vertretene Hypothese rechtfertigen, daß der »novo sindicalismo« einen Typus gewerkschaftlicher Politik repräsentiere, welcher Hoffnungen im Hinblick auf die potentielle Rolle der Gewerkschaften als Triebkräfte sozialer Transformationen wecke, wenn doch die inhaltlichen Forderungen nicht über das hinausgehen, was selbst konforme Gewerkschafter in den westlichen Industriestaaten als Minimalprogramm bezeichnen würden? Mit anderen Worten: Wird die Orientierung an strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen als Kriterium zur Beurteilung gewerkschaftlicher Praxis herangezogen — und es scheint, als ob Doleschal dies gerade tut —, nehmen sich dann die neuen gewerkschaftlichen Tendenzen nicht eher als ein Rückschritt im Vergleich zum »sindicalismo político« aus, da letzterem — wie der Autor schreibt — revolutionäre Zielsetzungen doch durchaus nicht fremd waren? Sehen wir einmal davon ab, daß das Attribut »revolutionär« zur Charakterisierung der brasilianischen Gewerkschaftspraxis in den 50er Jahren und in der ersten Hälfte der 60er Jahre in keiner Weise angemessen ist. Die Tatsache, daß die Ausführungen Doleschals derartige Feststellungen aufwerfen, ist aber kein Zufall. Da das Wesen gewerkschaftlicher Politik in der Phase des populistischen Politikzyklus nicht herausgearbeitet wird, bleibt auch die Bestimmung der Spezifika und Strukturprobleme des »novo sindicalismo« unklar.

Wir machen nun einen Sprung in die zweite Hälfte der 70er Jahre, in diejenige Periode nämlich, in der der Streikzyklus im internationalisierten Kernbereich der brasilianischen Ökonomie beginnt. Dieser wird vor allem von einem Industrieproletariat getragen, welches sich zu einem großen Teil aus den Migrationsströmen aus dem brasilianischen Nordosten rekrutiert. Die Abwanderungsrate aus dieser Region erhöht sich im Zeitraum 1950 bis 1970 von 5,2 auf 12,5 % der aktiven Bevölkerung. Es handelt sich also bei der militanten Arbeiterschaft in den industrialisierten Zentren um Sozialcharaktere, denen aufgrund des landwirtschaftlichen und unterentwickelten Ursprungs die Vermittlungsformen des korporativistischen und populistischen Gewerkschaftsmodells fremd sind und deren Integration in das urban industrielle Milieu sich auf der Grundlage eines sogenannten »wilden Kapitalismus« («capitalismo selvagem») vollzieht, d. h. im Rahmen eines Akkumulationsmodells, wo dem Verwertungsinteresse des Kapitals sozialstaatliche Schranken kaum wirksam entgegengesetzt werden (vgl. R.S. de Andrade 1982). Mit anderen Worten: Im Unterschied zur Phase

der nationalkapitalistischen, Import substituierenden Industrialisierung wächst in den 60er Jahren in den »modernen« Produktionszentren ein Proletariat heran, welches sich, was die politisch-soziale Dimension seiner Klassenbildung betrifft, »außerhalb des Staates« (Moises 1981) konstituiert.

Obwohl die Streikbewegungen in erster Linie *inhaltlich* auf eine Verbesserung der materiellen Reproduktionsbedingungen zielen, nimmt der Kampf um die Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft gleichzeitig die *Form* eines Konflikts um die »Spielregeln« ihrer Aushandlung an. Die gegen die einzelnen Unternehmen gerichtete Attacke verwandelt sich in eine Kampfankündigung gegen die staatliche Bevormundung der gewerkschaftlichen Vertretungsorgane generell, weil nämlich unter dem Regime des bürokratisch autoritären Staates (vgl. O'Donnell 1983) von dem populistischen Gesellschaftsmodell allein dessen repressive Seite übriggeblieben ist und die früher vorhandenen Gratifikationen nun ausbleiben. Damit wird erstmals seit dem von Vargas institutionalisierten korporativen Gewerkschaftsmodell auf relativ breiter Front für die Durchsetzung autonomer Vertretungsrechte (direkte Lohnverhandlungen, Streikfreiheit, gewerkschaftliche Präsenz am Arbeitsplatz etc.) mobilisiert. Das Spezifikum der als »novo sindicalismo« charakterisierten gewerkschaftlichen Praxis ist also die Verbindung zwischen Forderungen nach einer verbesserten Lebenssituation mit Forderungen nach einer klaren Trennung von Staat und Gewerkschaft (Aparecido da Silva 1982).

Daß die staatlichen Instanzen trotz der bereits eingeleiteten Öffnung des Regimes (»abertura«) vor allem auf den Streik des Jahres 1980 mit repressiven Maßnahmen antworten, ist ein Zeichen für den »Überhang von politischen Gewalt- und Machtverhältnissen« (Oskar Negt) in strukturell heterogenen Gesellschaften und für das Erreichen der Systemgrenze, wenn soziale Bewegungen wie die Gewerkschaften die Eroberung grundlegender demokratischer Rechte und gewerkschaftlicher Freiheiten zum Ziel nehmen. Angesichts der ausgeprägten Zergliederung und Fragmentierung der sozialen Verhältnisse ist damit aber noch nichts über ihre Möglichkeiten ausgesagt, den Grundstein für eine einheitsstiftende Praxis zur Durchsetzung der angestrebten politischen und sozialen Veränderungen zu legen. Der »novo sindicalismo« bewegt sich einerseits zwischen beachtlichen Erfolgen und andererseits Grenzen, die ihm aus seiner Geschichte und der Funktionsweise des Systems selbst gesetzt sind. Die neue Gewerkschaftsbewegung hat insofern ein neues Kapitel in der brasilianischen Gewerkschaftsgeschichte aufgeschlagen, als nun eine praktische Vorstellung von einem demokratisch orientierten, an direkter Partizipation ausgerichteten Sindicalismo aufkommt, welche selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf den Kampf um eine Erweiterung der politischen Öffnung des diktatorischen Regimes bleibt. Es ist der neuen Gewerkschaftsbewegung auch gelungen, in den fortgeschrittenen Wirtschaftsbereichen zumindest partiell auf Unternehmensebene direkte Verhandlungen mit der Kapitaleise zu erreichen. Entgegen den Erwartungen vieler Beobachter war seine innovatorische Kraft aber nicht ausreichend, um das überkommene korporative System in die Knie zu zwingen. Die Gründe dafür sind in der Begrenztheit des »novo sindicalismo« und nicht allein in der staatlichen Repression zu suchen. Denn es ist in Rechnung zu stellen, daß es der Avantgarde der neuen gewerkschaftlichen Tendenzen nicht gelungen ist, die brasilianischen Gewerkschaften mehrheitlich auf ihre zentralen politischen Forderungen zu verpflichten. Selbst solche Gewerkschaftsvertreter, welche sich nicht ohne weiteres als notorische »pelegos« (d.h. gelbe Gewerkschafter) abstempeln lassen, begegnen dem Prinzip der strikten gewerkschaftlichen Autonomie eher mit einer ambivalenten als einer uneingeschränkt befürwortenden Haltung. Beispielhaft für diese Ambivalenz ist die Befürwortung des gewerkschaftlichen Zwangsbeitrags (»Contribuição

Sindical Obrigatoria») bei mehr als der Hälfte von im Staate São Paulo befragten Gewerkschaftern mit der Begründung, daß ohne den Zwangsbeitrag, der vom Arbeitsministerium einkassiert und an die Gewerkschaften umverteilt wird, diese nicht überlebensfähig seien. Weiterhin halten über 60 % der Befragten eine Veränderung der von der brasilianischen Arbeitsgesetzgebung definierten Einheitsstruktur der Syndikate nicht für notwendig oder für nicht prioritär. »Die Mehrheit der in São Paulo von der Erhebung erfaßten Gewerkschafter«, schreibt Roque Aparecido da Silva, einer der Autoren der Studie, »zeigte sich skeptisch im Hinblick auf die eigene Fähigkeit, selbständig eine einheitliche Organisation aufzubauen; aus diesem Grunde wird dem Staat die Aufgabe zugewiesen, per Gesetz die Einheit zu erzwingen« (Silva 1983).

### Die Zählebigkeit des Etatismus

Derartige Befunde zeigen an, daß selbst in den ökonomisch fortgeschrittenen Regionen zentrale Elemente der in der populistischen Phase durchgesetzten etatistischen Orientierung der brasilianischen Gewerkschaften auch heute noch eine wichtige Rolle spielen. Die Zählebigkeit ist jedoch nicht allein und auch nicht in erster Linie auf das staatlicherseits gestützte System des »peleguismo«, d.h. die gelben Gewerkschaftstendenzen, zurückzuführen. Es gibt viel mehr strukturelle Ursachen. Grundsätzlich ist dazu zu bemerken, daß die Gewerkschaftseinheitlichkeit nicht von ungefähr kommt, sondern auch mit den vereinheitlichenden Tendenzen des Kapitals zu tun hat. Doch trotz der treibhausmäßigen kapitalistischen Entwicklung Brasiliens nach 1964 kann nicht von vereinheitlichten Bedingungen der Kapitalverwertung die Rede sein, folglich sind auch die brasilianischen Gewerkschaften im Hinblick auf die Ausübung ihrer innerkapitalistischen Funktion beschränkt (vgl. Mitschein 1981). Diese Schranken aber bestärken die bestimmende Rolle des Staates bei der Festsetzung des Preises der Ware Arbeitskraft — auch im Bewußtsein der Lohnabhängigen selbst. Da die gewerkschaftliche »bargaining power« allein vielfach nicht einmal ausreicht, um die physische Reproduktion der Arbeiter sicherzustellen, bleibt den Gewerkschaften (streng genommen) keine andere Wahl, als von den staatlichen Instanzen einen Ausgleich ihrer in den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst angelegten Verhandlungsschwäche auf dem Arbeitsmarkt zu fordern. So macht Roque Aparecido da Silva z. B. darauf aufmerksam, daß die brasilianische Gewerkschaftsopposition, welche die Einstellung staatlicher Interventionen in Lohnangelegenheiten fordert, gleichzeitig in der Krise gezwungen ist, für die Beibehaltung der von den staatlichen Instanzen garantierten Lohnanpassungen an die Inflationsrate zu kämpfen (Aparecido da Silva 1983, S. 21). Aus dieser für strukturell heterogene Gesellschaften typischen Konstellation leitet sich zwar keineswegs notwendigerweise eine Identifikation mit der Funktionsweise eines korporativen Gewerkschaftssystems ab. Jedoch ist die Anerkennung des Staates als Lohnregulator eine Art Einfallstor zur Hinnahme staatlich reglementierter Verbandsstrukturen.

Wir müssen, um der Komplexität des Problems gerecht zu werden, auch die andere Seite der Medaille betrachten. In den modernen Industriesektoren wird aufgrund des hohen Anteils des konstanten Kapitals ein störungsfreier Produktionsablauf zum Dreh- und Angelpunkt der Kapitalverwertung. Daraus folgt auf Unternehmensebene zumindest die Notwendigkeit einer eher integrativen als repressiven Behandlung der Arbeitskraft, zumal an die Arbeitskraft hohe Qualifikationsanforderungen gestellt werden müssen, welche deren umstandslose



Substitution zumindest erschwert. Aufgrund all dieser Argumente verfügt die Arbeiterschaft (der industrielle Massenarbeiter) zumindest in Phasen günstiger konjunktureller Bedingungen über eine »bargaining power«, deren Ausschöpfung durch die offizielle staatliche Lohnpolitik systematisch behindert wird. Der Kampf um verbesserte ökonomische Lebensbedingungen verwandelt sich in solchen Situationen zwangsläufig in eine Kampfansage an das korporative System gewerkschaftlicher Repräsentation und die politischen repressiven Interventionen. Jedoch sind einer Verallgemeinerung der gewerkschaftlichen Kämpfe und der neuen gewerkschaftlichen Kampfformen aufgrund der ausgeprägten Heterogenität der gesellschaftlichen Verhältnisse enge Grenzen gesetzt. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die zentralen Forderungen der als »novo sindicalismo« charakterisierten gewerkschaftlichen Praxis außerhalb des internationalisierten Kernbereichs der brasilianischen Ökonomie keine große Resonanz gefunden haben.

Wir sind also mit einer ungleichzeitigen Entwicklung konfrontiert. In weiten Bereichen der nicht zu den modernen Sektoren zählenden Teilen der Arbeiterschaft ist immer noch eine strikte Einlösung der von der Arbeitsgesetzgebung garantierten Rechte ein durchaus aktuelles Ziel. In dem Maße aber, wie sich die Aktionen dieser Arbeiterkategorien auf die Durchsetzung der staatlicherseits garantierten minimalen Lebensbedingungen richten, bestätigen sie gerade eine Vertretungsstruktur, die von anderen Teilen des Proletariats in den technologisch fortgeschrittenen und vom internationalen Kapital kontrollierten Wirtschaftsbereichen bereits negiert wird (M.H. Tavares de Almeida 1983). Nun ist zu vermuten, daß diese Ungleichzeitigkeit der jeweiligen Forderungen (in inhaltlicher Hinsicht) und Artikulations Ebenen, was die Form gewerkschaftlicher Einflußnahme anbelangt, sich durch eine rein gewerkschaftliche Praxis schwerlich aufheben läßt. Von den brasilianischen Oppositionsparteien ist es vor allem der im Zeichen der Streikbewegungen am Ende der 70er Jahre gegründete »Partido dos Trabalhadores« (Arbeiterpartei, PT), der diese in der Ungleichzeitigkeit von Erfahrungen und politischer Artikulation angelegten politischen Herausforderungen artikuliert. Seinem Selbstverständnis nach definiert er sich als Bindeglied zwischen den heterogenen Klassenbewegungen. Allerdings ist die faktische Bedeutung der PT außerhalb des Raumes von São Paulo gering, und dies wiederum ist ein Indiz für die Schwierigkeit, diesen vermittelnden Zusammenhang zwischen strukturell heterogenen Dimensionen sozialer Erfahrung und Praxis herzustellen.

Auch Doleschal nennt eine Reihe von Problemen, die einer Konsolidierung der neuen gewerkschaftlichen Tendenzen im Wege stehen (S. 142 ff.), nämlich unterschiedliche Betriebsgrößen, die Kontinuität des gelben Gewerkschaftertums, die schwierigen Aktionsbedingungen der Landarbeitergewerkschaften im Nordosten, die parteipolitisch und ideologisch begründete Fehde zwischen den kürzlich ins Leben gerufenen, unabhängigen Dachverbänden CUT und CONCLAT, dann natürlich die politische Macht der Militärs. Obwohl der jeweilige Stellenwert dieser in der Tat vorhandenen Hindernisse nicht näher ausgeführt und bestimmt wird (polemisch könnte gesagt werden, von der Überschrift »Neue Gewerkschaften in Brasilien — eine Hoffnung?« bleibt eigentlich nur das Fragezeichen übrig), scheint der Autor insofern eine Gewichtung vorzunehmen, als er seine Ausführungen mit der Bemerkung abschließt, daß die »bisher ungebrochene Arroganz der Macht, die das Militär verkörpert, möglicherweise auch zum Verhängnis der neuen Gewerkschaften werden (könnte), wenn es ihnen nicht gelingt, diesen Block aufzubrechen« (S. 144). In der Tat ist angesichts der wirtschaftlichen und politischen Probleme in Brasilien ein Rückfall in die politische Steinzeit vor der »abertura« des Militärregimes nicht völlig auszuschließen. Jedoch ist weit-

aus wahrscheinlicher unter den gegebenen Umständen, daß sich der von Celso Lafer für Lateinamerika insgesamt konstatierte Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Krise auf der einen Seite und politischer Öffnung auf der anderen Seite mittelfristig auch in Brasilien stabilisieren wird. Die für den Beginn des kommenden Jahres zu erwartende Übernahme der Präsidentschaft durch den zivilen Oppositionskandidaten Tancredo Neves (inzwischen ist Tancredo Neves, ohne sein Amt antreten zu können, verstorben — die Redaktion), der von seinem Programm her zwar die hegemonialen Interessen und Kräfte des Landes repräsentiert, dessen Kandidatur aber gleichwohl von einem klassenübergreifenden, nationalen Konsens getragen wird, weist in diese Richtung. Schon 1986 ist mit einer verfassungsgebenden Nationalversammlung zu rechnen, in der auch die überkommene Gewerkschaftsstruktur zur Disposition gestellt wird. Obwohl der Rückzug der Militärs in die Kasernen wahrscheinlich keine sofortige Aufhebung der überkommenen Gewerkschaftsstruktur zur Folge haben wird, ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß sich der gewerkschaftliche Handlungsspielraum in der Zukunft vergrößern wird. Dem brasilianischen Kongreß z. B. liegt ein Projektantrag vor, in dem mit Wirkung vom 1. August 1985 die endgültige Freigabe des Prinzips direkter Lohnverhandlungen vorgesehen ist. Wenn aber eine solche Neuregelung — wie Walter Barelli vom »Departamento Intersindical e Socioeconomico« in São Paulo betont — nicht gleichbedeutend mit einer simplen Rückkehr der »goldenen Zeiten für den Fuchs im Hühnerstall« sein soll, d.h. mit einer Stärkung der Unternehmer, die den Lohnabhängigen nach ihrem Belieben ihren Willen diktieren können, dann müssen nach Barellis Auffassung zumindest zwei Grundsätze in Kraft treten: Erstens darf der Inflationsausgleich nicht Gegenstand freier Lohnverhandlungen sein, sondern muß einem Ausgleichsmechanismus unterliegen, der *staatlich* garantiert sei. Und zweitens sei über eine staatliche Politik nachzudenken, welche ein schnelleres Wachstum der unteren Lohngruppen (*salário mínimo*) garantiere, also eine Umverteilung von oben nach unten bewerkstellige. Mit anderen Worten: Da durch eine Veränderung der institutionellen Spielregeln gewerkschaftlicher Repräsentation die oben kurz skizzierten Strukturprobleme der brasilianischen Gewerkschaften nicht von der Bildfläche verschwinden werden, wird auch die regulierende Funktion der staatlichen Instanzen in Zukunft ein zentrales Element gewerkschaftlicher Forderungen bleiben. Angesichts dessen ist jedenfalls damit zu rechnen, daß sich die Gewerkschaften einer zivilen Regierung gegenüber, welche die Korsettstangen des überkommenen korporativistischen Systems lockert oder gar aufhebt, zunächst einmal kooperationsbereit zeigen werden.

## Anmerkungen

- 1 Vor einiger Zeit wurde der taz ein Interview mit Redakteuren der in Belém (Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Pará) von der »Gesellschaft zur Verteidigung der Menschenrechte« herausgegebenen Alternativzeitschrift »Resistência« angeboten, in welchem diese über die politischen und finanziellen Schwierigkeiten einer autonomen publizistischen Arbeit in der Region Amazonien berichteten. Gegen zwei Mitarbeiter der Zeitschrift waren zum damaligen Zeitpunkt Prozesse auf der Grundlage des »lei de segurança nacional« (Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit) anhängig. Die taz lehnte eine Veröffentlichung mit der Begründung ab, daß das Interview den Eindruck erwecke, als sei es in Kreuzberg geführt worden. Eine Anekdote? Gewiß! Und zwar im klassischen Sinne. »Die witzige Gebärde wie das witzige Wort,« schreibt Ivo Braak in seiner »Poetik in Stichworten« (Kiel 1975, S. 179) über die Anekdote als literarische Kunstform, »zeugen von der Überlegenheit des Menschen, der sich nicht verblüffen läßt.«

## Literatur

- Castro Andrade, R.: Brasil: A Economia do Capitalismo Selvagem, in: Krischke, P.J. (Ag.): *Brasil: do «Milagre» à «Abertura»*, São Paulo 1982
- Freitas, D.: *O processo de «abertura» e a esquerda brasileira*. Enterevista, Belém do Pará, Nov. 1984 (mimeo)
- Janni, O.: Populismo e Relaciones de Clase, in: Gino Germani u.a. (Hg.): *Populismo y Contradiciones de clase en Latinoamérica*, Mexico 1973
- Laclau, E.: *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus — Faschismus — Populismus*, Berlin 1981
- Lafer, C.: A ação diplomática brasileira sob um contexto de democracia, in: *Gazeta Mercantil*, 5. 12. 84
- Mitschein, T.: *Die Dritte Welt als Gegenstand gewerkschaftlicher Theorie und Praxis. Zur Analyse der internationalen Politik metropolitaner Gewerkschaften*, Frankfurt/Main, New York 1981
- Negt, O.: Was ist und zu welchem Zweck brauchen wir die Erneuerung des Marxismus, in *Prokla* 55, Juni 1984
- Moisés, J., A.: A Estratégia do Novo Sindicalismo, in: *Revista de Cultura e Política*, Nr. 516 CEDEC/Paz e Terra 1981
- Octávio, J.: *A revolução Estatizada. Um Estudo Sobre a Formação do Centralismo em 30*, Edição Fundação Guimarães Duque 1984
- O'Donnel, G.: Die Spannungen innerhalb des bürokratisch-autoritären Staates und die Frage der Demokratie, in: *Prokla* 52, Sept. 1983
- Pinheiro, P., S.; Hall., H.: *A Classe Operária no Brasil. 1889-1930 documentos — Volume 1 — O Movimento Operário*, São Paulo 1979
- Serra, J.: Ciclos e Mudanças na Economia Brasileira do Pós-Guerra, in: *Desenvolvimento Capitalista no Brasil*. Ensaios Sobre A Crise, editora brasileira 1982
- Silva, R. A.: *Estudo: Estrutura Sindical e Perspectivas de Mudanças*, in: CEDEC, Documentação / 3, Maio 1982
- Silva, R. A.: *Impasses e Perspectivas do movimento sindical brasileiro. Aspectos do Sinsicalismo paulista*, São Paulo Maio 1983, (mimeo)
- Singer, P.; Vinicius Caldeira Brant.: *São Paulo: O Povo em Movimento*, CEBRAP, São Paulo 1981
- Tavares, M.; Mello Belluzo, L., Lj.: Notas Sobre o Processo de Industrialização Recente no Brasil, in: *Desenvolvimento Capitalista no Brasil. Ensaios sobre a Crise*, editora brasileira 1982
- Tavares de Almeida, M., A.: O Sindicalismo Brasileiro entre a Conservação e a Mudança, in: *Sociedade de Política no Brasil Pós — 64*, São Paulo 1983
- UFPE, IPEA, SUDENE: *Desigualdade Regionais no Desenvolvimento Brasileiro*, Volume 1, Recife 1984
- Weffort, F., C.: Der Populismus in der brasilianischen Politik, in: Furtado, C. (Hg.): *Brasilien heute*, Frankfurt/a.M. 1971